

Sicherheit durch Bildung

von Regine Aepli, Bildungsdirektorin Kanton Zürich

Beitrag in der Festschrift „200 Jahre Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung“

1. Vom Nutzen der Bildung

Das Thema meines Beitrages impliziert „Nutzen“ durch Bildung, unterwirft Bildung einem Zweck, nämlich der Befriedigung des menschlichen Sicherheitsbedürfnisses. Das entspricht dem Zeitgeist und kommt der Politikerin entgegen, die die Stimmberechtigten und die Steuerzahler/innen vom Sinn der Investition ins Bildungswesen überzeugen muss. Bildung und Wissenschaft stehen aber zunächst einmal in niemandes Diensten. Sie beziehen ihre Existenzberechtigung aus dem Gedanken der Aufklärung. Damit bekenne ich mich zu einem bürgerlichen Bildungsbegriff – bürgerlich im Sinne des 19. Jahrhunderts.

Heute wird Bildung bzw. das Bildungsangebot gerne als Standortvorteil vermarktet. Diverse gesellschaftliche Defizite sollen dank Bildung behoben werden: Sozialkosten und Arbeitslosenquoten gesenkt, Innovation und Wirtschaftswachstum gefördert, ja gar planmässig Nobelpreisträger produziert werden. Diese gesellschaftlichen Ansprüche sind ernst zu nehmen. Dennoch halte ich es für falsch, Bildung auf die Ebene eines Konsumgutes oder eines lohnenden Investitionsobjekts zu stellen.

Bildung ist in erster Linie ein verfassungsmässig garantiertes Grundrecht. Dieses setzt den gleichberechtigten Zugang aller zu Bildungseinrichtungen voraus.¹ Eine

¹ Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht: Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Osnabrück 1966; vgl. auch Art. 14 der Zürcher Kantonsverfassung.

zentrale Funktion des Rechts auf Bildung liegt darin, jedem Einzelnen eine Bildung nach Massgabe seiner Anlagen, Eignungen und Interessen zu vermitteln und ihm die bestmöglichen Bedingungen für den Einstieg und das Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu gewährleisten. Andererseits kann Bildung, Wissen oder Innovation nicht einfach über der Jugend ausgeschüttet oder einseitig verordnet werden. „Wer keinen Ehrgeiz für das Lesen, Grübeln und Ausprobieren zu entwickeln vermag, die am Grund der Forschung liegen, der wird auch mit Innovationsbüros und Modernisierungsgipfeln keine Spitzenleistungen hervorbringen. Voraussetzung für Bildungs- und Forschungserfolg ist und bleibt eine „Mixtur von Neugier, Fleiss und Kühnheit“.² Diese etwas protestantisch anmutende Mixtur ist dabei keineswegs so genussfeindlich, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Von den üblichen Genüssen unterscheidet sie sich aber dadurch, dass sie Ausdauer, Frustrationstoleranz und den Mut zum Dissens verlangt. „Man muss mit roten Ohren über den grossen Büchern der Menschheit oder dem grossen Buch der Natur sitzen, um etwas herauszubekommen.(...) Ohne Liebe und Begeisterung ist auf diesem Terrain nichts auszurichten“.³ Der Philosoph Peter Sloterdijk hat treffend formuliert, welche Bildungsumgebung, welche Lernatmosphäre es dazu braucht. „Wir müssen mit dem schädlichsten aller alteuropäischen Konzepte brechen, mit der Vorstellung der simplen Übertragbarkeit von Wissen. (...) Der Lehrer muss so etwas werden wie ein Gastgeber, ein Trainer oder – im guten Sinne – ein Verführer, der dort schon ist, wohin der nächste Schritt des Kindes führt. In solchen Gästehäusern des Wissens könnte der pädagogische Pakt aus dem Prinzip Vorfreude geschlossen werden.“⁴

Damit sei vorweg festgehalten, dass Bildung keinesfalls auf ein Instrument der (Sicherheits-)Politik reduziert werden darf. Das bedeutet allerdings nicht, dass Bildung und Sicherheit nichts miteinander zu tun haben, im Gegenteil. Sicherheit – im umfassenden und nachhaltigen Sinne – ist ohne Bildung nicht zu haben.

2. Was ist Sicherheit?

² Jan Ross, in: DIE ZEIT vom 11. Februar 2004.

³ Ross, a.a.O.

⁴ Peter Sloterdijk im Gespräch mit Reinhard Kahl, Lernen ist Vorfreude auf sich selbst, in: Pädagogik, Dezember 2001, S. 40 ff.

Sicherheit ist mehr als die „Abwesenheit von Gefahr“. Im Kontext des vorliegenden Themas hat Sicherheit folgende Aspekte:

- Selbstsicherheit
- Fähigkeit zur Reflexion
- Freiheit zur Mitgestaltung
- materielle Unabhängigkeit
- soziale Einbindung
- politische Stabilität
- friedliche Koexistenz

Für jeden dieser Aspekte ist Bildung Voraussetzung.

3. Selbstsicherheit als Voraussetzung für Entfaltung und Kreativität

Bildung festigt die Persönlichkeit, ermöglicht Selbstfindung, Selbstreflexion und Selbstkritik. Sie verleiht Urteils- und Unterscheidungsvermögen sowie die innere Freiheit zu Kreativität und Innovation. Oder mit Kant gesprochen: Bildung ist die Voraussetzung, um aus der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ hervorzutreten. Bedingungen dafür sind eine Lernatmosphäre, in der Theorien entwickelt und wieder in Frage gestellt werden können, die Abwesenheit von starren Dogmen, der Verzicht auf Mythenbildung und ein gleichberechtigter Zugang zu den Bildungsinstitutionen.

In der modernen und pluralistischen Wissensgesellschaft ist der Zugang zum Wissen längst nicht mehr über Schulbücher zu steuern. Das Informationsangebot ist heute derart riesig, die Informationskanäle so zahlreich, und die Herkunft der Quellen gleichzeitig oft so intransparent, dass es schon fast eines wissenschaftlichen Ansatzes bedarf, um verlässliche von fehlerhaften bzw. korrekte von manipulativen Informationen zu unterscheiden. Bildungsinstitutionen werden deshalb im 21. Jahrhundert vor der immer wichtigeren Aufgabe stehen, die Schüler/innen und Studierenden zu befähigen, sich ein eigenes Urteil zu bilden, das heißt, diejenigen Informationen auszuwählen, die ihnen ein möglichst präzises Abbild der Realität ermöglichen. Um selber gestaltend mitwirken zu können, braucht es die Gewissheit, dass die Wahrnehmung nicht trügt, sprich das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Die Grundlage dafür muss in Schule und Studium gelegt werden. Ob sie sich bewährt und die darauf gebaute Selbstsicherheit von Dauer ist, zeigt sich gezwungenermassen erst in der Realität der Arbeitswelt. Wer das Glück hat, eine Chefin oder einen Chef zu finden, der die Bedeutung des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten erkennt und dieses sogar fördert, wird sich besser zurecht finden, als jemand, der seine Fähigkeiten in einem Klima der Abwertung unter Beweis stellen muss.

4. Bildung ist Voraussetzung für materielle Sicherheit

Es entspricht einem menschlichen Bedürfnis, in materieller Unabhängigkeit zu leben. Die Teilnahme am Arbeitsmarkt, die diese Unabhängigkeit ermöglicht, setzt Wissen und Fertigkeiten sowie die Fähigkeit zur Anpassung an neue Entwicklungen voraus. Mit der Globalisierung und der europäischen Personenfreizügigkeit hat sich die Notwendigkeit der ständigen Erneuerung noch verschärft und mit ihr der Wettbewerb nicht nur um Märkte und Preise, sondern auch um die Arbeits-Produktivität. In diesem Umfeld bedeutet Sicherheit sozusagen *Trieb sandfestigkeit*. Was gestern galt, muss heute hinterfragt und eventuell neu gedacht und neu gemacht werden. Wer nicht mithalten kann, läuft Gefahr, seine materielle Unabhängigkeit zu verlieren. Wie lange der Staat in der Lage bzw. wie lange die Politik willens sein wird, den Wegfall von Einkommen zu kompensieren, ist offen.

Bildung ist damit auch eine wichtige Investition in die eigene Arbeitsplatzsicherheit. Gemäss einer diesjährigen OECD-Studie besteht bei 20 – 24Jährigen ohne Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II (Mittelschule oder Berufsbildung) in allen untersuchten Ländern ein markant höheres Risiko, dass sie den Einstieg ins Erwerbsleben nicht schaffen bzw. arbeitslos werden und dies auch über längere Zeit bleiben.⁵ Allerdings ist es auch mit einer soliden Erstausbildung nicht mehr getan. Die immer kürzere Halbwertszeit des Wissens hat zur Folge, dass man Erstausbildungen verkürzen und – vor allem auch bei Studierenden – das Eintrittsalter ins Erwerbsleben senken will. Im Gegenzug wird permanente

⁵ From Education to Work, A difficult transition for young adults with low levels of education, OECD, Paris 2005. In der Schweiz betrug der Anteil dieser Gruppe im Jahr 2002 8.42% (Deutschland: 14.19%, Norwegen 4.61%, Luxemburg 19.2%).

Weiterbildung, das sogenannte „lifelong learning“ bis zur altersbedingten Berufsaufgabe notwendig. „Lifelong learning for lifelong security“, wäre vermutlich der neudeutsche Merkspruch dafür.⁶

Ähnliche Überlegungen gelten aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Hier ist wohl sogar der Umkehrschluss zulässig: Wer die Bildung nicht fördert, gefährdet den Wirtschaftsstandort. Ein leistungsfähiges und qualitativ hoch stehendes Bildungswesen und ein grosses Potenzial an gut ausgebildeten Arbeitskräften sind Schlüsselfaktoren für die Innovationsfähigkeit und für das Wachstum in hoch entwickelten Regionen. Deutlich belegt dies eine OECD-Studie aus dem Jahr 2003. Die Wissenschaftler untersuchten die Bildungsrendite in 21 Ländern und kamen zum Schluss, dass ein Jahr mehr Ausbildung bei der gesamten arbeitenden Bevölkerung langfristig rund sechs Prozent mehr „Output“, also beispielsweise mehr Einkommen und damit auch mehr Steuereinnahmen pro Person generiert.⁷

Wenn Bildung eine so rentable Investition ist, was darf sie kosten? Und welchen Teil dieser Kosten sollen die Auszubildenden selber tragen? Brauchen wir mehr Spitzenuniversitäten – ein Ziel, das sich unser Nachbarland Deutschland mit der „Exzellenzinitiative“ gesetzt hat – und müssen wir uns deshalb künftig am Modell der amerikanischen Eliteuniversitäten orientieren, die ihre vorbildlichen Betreuungsverhältnisse mit hohen Studiengebühren und Darlehen anstelle von Stipendien finanzieren? Ist die Investition in eine höhere Bildung tatsächlich so sicher, der persönliche „return on investment“ in Gestalt eines gutbezahlten Jobs frisch ab Studium so gewiss? Hier gibt es noch zahlreiche offene Fragen. Wichtig ist jedoch der Grundsatz, dass die Schweizerische Hochschulpolitik eine hochwertige und für alle zugängliche Grundversorgung gewährleisten muss. Gleichzeitig müssen in einzelnen Gebieten – und ich spreche hier nicht von

⁶ Auch hier gibt es je nach Ausbildungsstand grosse Unterschiede. Im Jahr 2003 bildete sich in der Schweiz von den weniger qualifizierten Personen nur jede fünfte beruflich weiter. Dagegen belegte jede zweite erwerbstätige Person mit einem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe berufsorientierte Weiterbildungskurse. Vgl. Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2003, Bundesamt für Statistik, Neuenburg 2004.

⁷ The sources of economic growth in OECD countries, OECD, Paris 2003. In der Studie wurden ökonometrische Schätzungen des Einflusses von Änderungen bei wichtigen Wachstumsfaktoren auf die Entwicklung des Pro-Kopf-Sozialproduktes von Anfang der 1970er-Jahre bis Ende der 1990er-Jahre vorgenommen.

einzelnen „Spitzenuniversitäten“ sondern von einzelnen Disziplinen und Fächern - Spitzenleistungen möglich sein.

5. Bildung schafft soziale Sicherheit (Bildung als Integrationsinstrument)

Bildung ist indes weit mehr als ein Instrument des persönlichen oder nationalen Leistungswettbewerbs, mehr als eine individuelle Investition ins eigene Fortkommen. Bildung kann und soll auch *integrieren* und damit zur „sozialen Sicherheit“ und dem Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen.

„Bildung ist keine Ware“. Diesen Merkspruch haben sich die Gegnerinnen und Gegner einer Liberalisierung der Bildungsdienstleistungen im Rahmen des GATS (General Agreement on Trade in Services) auf die Fahne geschrieben. Das ist nur teilweise richtig. Es ist eine Tatsache, dass es einen lukrativen – und auch internationalen - Bildungsmarkt gibt, man denke nur etwa an die teuren Nachdiplomstudiengänge für Ökonomen und Juristen an den bekannten amerikanischen oder britischen Universitäten. Es ist aber auch von zentraler Bedeutung, dass wir für ein starkes öffentliches Bildungswesen eintreten, das für alle offen steht und allen die gleichen Chancen bietet. Insofern ist Bildung tatsächlich keine Ware, sondern ein „common good“, wie es beispielsweise die UNO-Resolution „Education for All“ aus dem Jahr 1997 festhält.⁸ Ich bin persönlich davon überzeugt, dass Bildung beides ist: Wettbewerbs- und Integrationsinstrument. Das Allgemeingut Bildung wird in der Regel nicht freiwillig geteilt. Es geht vielmehr auch hier um einen Verteilungskampf um knappe öffentliche Mittel, der im demokratischen Prozess gesteuert werden muss.

Die Ergebnisse der PISA-Studien haben uns vor Augen geführt, dass die Integrationskraft unserer Volksschule ungenügend ist. Sie ist nicht in der Lage, Nachteile wett zu machen, die Kinder auf Grund ihrer sozialen oder nationalen Herkunft mitbringen. Wenn wir „das Recht auf Bildung“, das „common good“ ernst nehmen, muss es uns gelingen, diese Nachteile besser auszugleichen. Die Instrumente dafür sind bekannt. Künftige Schulreformen müssen in Richtung einer Verbesserung der ausserschulischen Betreuung, einer

⁸ General Assembly Resolution on Education for All, A/C.3/52/L.II/Rev.1 / 29 October 1997.

verstärkten Sprachförderung, einer späteren Selektion und einer individuelleren Förderung führen.⁹

6. Bildung ist Voraussetzung für politische Stabilität

Unser Land profitiert seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 von der politischen Stabilität, die sie mit einer Vielfalt von „checks and balances“ und der bisher gelebten Rücksicht auf Minderheiten erreicht hat. Die demokratischen Mitwirkungsrechte in der Schweiz gelten in vielen Ländern als vorbildhaft, sind aber im Verlaufe der letzten 150 Jahre in mindestens zweierlei Hinsicht aus dem Gleichgewicht geraten: einerseits aufgrund der Tatsache, dass ein Fünftel der Bewohner/innen – die mehrheitlich seit langen Jahren hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer - davon ausgeschlossen ist und andererseits, indem die Stimmkraft der kleinen Kantone bis zu 34x grösser ist als diejenige der grossen.

In der Schweiz wird vier Mal im Jahr über Verfassungsinitiativen und Gesetzesreferenden auf allen drei Staatsebenen abgestimmt. Wenn politische Mitsprache mehr sein soll als ein Signal über die momentane persönliche Befindlichkeit oder die Temperatur der sogenannten Volksseele, stellt sie grosse Anforderungen an die Verarbeitung politischer Informationen, die Herstellung von Zusammenhängen und das Sachverständnis. Die Demokratie ist kein „multiple choice test“ und auch keine Konsumenten-Umfrage. Sie setzt das eingangs genannte Urteils- und Selbstreflexionsvermögen voraus.

Ohne staatsbürgerlich gebildete Citoyenneté kann die Demokratie deshalb nicht bestehen. Das ist nicht einfach eine Floskel, sondern Ausdruck meiner Überzeugung, aber auch meiner Sorge über die ungleich verteilten Mittel zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen und die diesbezügliche Machtlosigkeit der politischen Parteien.

⁹ Groß, träge und unsteuerbar - Die Agenda 2010 der Bildungspolitik, Jürgen Oelkers, in: Süddeutsche Zeitung, 6. Februar 2004; Investition Bildung - Frühe Förderung zahlt sich aus, Tina Stadlmayer, Financial Times Deutschland, 10. Februar 2004.

7. Bildung als Grundlage für globale Sicherheit

Auch in der internationalen Politik gehen Machtpositionen und Selbstreflexionsvermögen selten einträchtig zusammen. So liegt die These nahe, dass mit Bildung im Sinne einer kritischen Urteilsfähigkeit auch mehr globale Sicherheit geschaffen werden könnte. Ohne Bildung ist beispielsweise der Brückenschlag über kulturelle Grenzen nicht zu schaffen. Ein Mittel dazu ist das Fremdsprachenlernen. Wird eine Fremdsprache richtig vermittelt, so lernt man damit nicht nur die Sprache, sondern auch das „Anderssein“ besser zu verstehen. Und damit sei nicht nur - aber auch - der Französischunterricht an den Primarschulen in der Deutschschweiz und die „cohésion nationale“ angesprochen.

Voraussetzung für diese Brückenfunktion ist allerdings, dass *Bildung zu Toleranz* erzieht. Toleranz muss erlernt werden. Sie ist der Schlüssel für globale Sicherheit. Der Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich schrieb dazu: „Toleranz ist (deshalb) in einem von Natur aus aggressiven Wesen ein Anzeichen hoher Selbstüberwindung.“ Toleranz stellt für Mitscherlich gleichsam das Resultat erfolgreichen Triebverzichts dar. Bedingung für diesen Triebverzicht ist die Fähigkeit, den eigenen Trieb reflektieren zu können. Triebaufschub und –verzicht sind schwierige und komplexe Angelegenheiten – Bildung ist aber zumindest eine Voraussetzung dazu.¹⁰

Nach John Rawls Konzeption der „Gerechtigkeit als Fairness“ beruht Toleranz, und zwar die reflexive Toleranz, auf der Einsicht in die Tatsache, dass es zu der eigenen Überzeugung auch gültige, gleichwertige Alternativen gibt. Sie ist eine Bedingung für die Entwicklung von Methoden der Koexistenz, der Ebenbürtigkeit. Zu dieser Toleranz gibt es keine Alternative – ausser dem tödlichen Kampf um die Wahrheit.¹¹

Diesem Gedanken ist nichts beizufügen – vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses von Fundamentalismen aller Art noch viel weniger. Höchstens dies:

¹⁰ Alexander Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967; zitiert aus: Katja Gentinetta, *Toleranz ohne Grenzen? Globale Realitäten und die politische Kultur in der Schweiz* Bern 2002, S. 22f.

¹¹ John Rawls, *Politischer Liberalismus*, Frankfurt a. Main 1998; zitiert aus Katja Gentinetta, a.a.O., S. 62ff.

Bildung, die zu Toleranz erziehen soll, muss selbst tolerant sein. Im Umgang mit kultureller Vielfalt und dem damit zusammenhängenden Konfliktpotential stehen die Bildungsinstitutionen vor grossen Herausforderungen. In der Zusammensetzung von Schweizer Schulklassen spiegeln sich heute nicht selten regionale und globale Konflikte. Hier muss das Augenmerk in Zukunft noch vermehrt auf die Aus-, Weiterbildung und Unterstützung der Lehrkräfte gelegt werden.

8. Schlussbemerkung

Wir sind davon geprägt, dass Bildung Nutzen bringen muss, und dass Bildung am meisten Nutzen bringt, wenn möglichst alle auf dem gleichen, möglichst hohen Niveau sind. Die materielle Sicherheit unserer Gesellschaft hängt direkt mit dem Ausbildungsstand der Bevölkerung zusammen. Dass beispielsweise die Zahl der Jugendlichen, die nach der obligatorischen Schulzeit so genannte Brückenangebote (Zwischenlösungen, Berufswahlschule, 10. Schuljahre) in Anspruch nehmen müssen, stetig ansteigt, muss uns deshalb zu denken geben.¹² Eine Bildungspolitik im Dienste der Gesellschaft und deren Sicherheitsbedürfnis muss hier künftig einen Schwerpunkt setzen.

Dennoch möchte ich zum Schluss gerne an den Ausgang meiner Überlegungen zurückkehren, und damit zur These, wonach Bildung in Niemandes Diensten steht. Vielleicht müssen wir diese These nach dem Gesagten relativieren – und vielleicht gelingt das am Besten mit einem Satz, den Nietzsche zur Aufgabe der Geschichtswissenschaft gesagt hat. Ich finde, er gilt auch für die Bildung:

„Nur soweit sie dem Leben dient, wollen wir ihr dienen.“¹³

¹² Sie umfasst heute im Kanton Zürich mit 23% nahezu ein Viertel (23%) der Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Rund 9% verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über keine Anschlusslösung.

¹³ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemässe Betrachtungen*, Leipzig 1873.